



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Die Wirtschaft steht geschlossen hinter dem CO₂-Gesetz. Sie ist auch der einzige Akteur, der konkrete Resultate in Form von weniger CO₂-Emissionen vorzuweisen hat. Die konsequenten Anstrengungen der Schweizer Unternehmen im Rahmen der Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Wirtschaft steht geschlossen hinter dem CO₂-Gesetz

dürften dazu führen, dass die Wirtschaft die Ziele des CO₂-Gesetzes erfüllen kann. Ungelöst ist das Problem im Verkehrsbereich. Deshalb wird nun die Einführung einer CO₂-Abgabe gefordert. Mit wenigen Ausnahmen ist die Wirtschaft gegen die Einführung einer Abgabe, die ein Unikum in Europa wäre. Rund 2,5 Mrd. Franken würden unverteilt, wobei sich der Bund einen dreistelligen Millionenbetrag an neuen Mehrwertsteuern herausnimmt. Da wegen der höheren Benzinpreise jenseits der Schweizer Grenze getankt würde, entgingen der Bundeskasse geschätzte 500 Mio. Franken – ohne jegliche positive Wirkung auf die Umwelt. Mit dem vorgeschlagenen Klimarappen hätten wir ein ökologisch, wirtschaftlich und finanziell effizienteres Instrument zur Hand. Der Zweck des CO₂-Gesetzes ist nicht die CO₂-Abgabe, sondern weniger CO₂-Emissionen.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Neue Aussenwirtschaftsstrategie für die Schweiz zukunftsweisend

Am 12. Januar 2005 hat der Bundesrat den Aussenwirtschaftsbericht verabschiedet. Der Bericht enthält als zentrales Element eine neue Strategie mit dem Ziel, den diskriminierungsfreien Marktzugang im Ausland zu fördern und den Marktzutritt für Importe in die Schweiz zu verbessern. Die Stossrichtung der neuen Strategie ist aus Sicht der Wirtschaft zu begrüssen.

Die neue Aussenwirtschaftsstrategie knüpft an das im Wachstumsbericht des Bundes formulierte Ziel «weitere Integration der Schweiz in die Weltwirtschaft» an. Sie reflektiert die bisherige Politik und definiert die zukünftige Stossrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik: Um den Wohlstand in der Schweiz zu steigern, muss die Förderung der Exporte, die Verbesserung des Marktzugangs der Importe und die Integration möglichst vieler Staaten in die Weltwirtschaft angestrebt werden. Diese umfassende Konzeption des Begriffs «Aussenwirtschaft» widerspiegelt sich in den drei Dimensionen der Strategie (vgl. Graphik).

1 Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk: Die Gewährleistung eines dis-

kriminierungsfreien Marktzugangs im Ausland innerhalb klar definierter Spielregeln ist für Schweizer Unternehmen unabdingbar. Die Schweizer Wirtschaft ist daher auf eine funktionsfähige Welthandelsorganisation (WTO) angewiesen. Ausserdem nehmen die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) einen hohen Stellenwert ein. Weltweit ist die Tendenz zu verstärktem Regionalismus und Bilateralismus zu beobachten. Aus diesem Grund müssen – neben dem multilateralen Engagement und den Beziehungen mit der EU – die bilateralen Beziehungen zu wichtigen Märkten gepflegt und weiter ausgebaut werden. Solche Abkommen dürfen sich nicht auf den Warenaustausch beschränken, sondern müssen umfassend ausgehandelt werden, da Dienstleistungen, In-

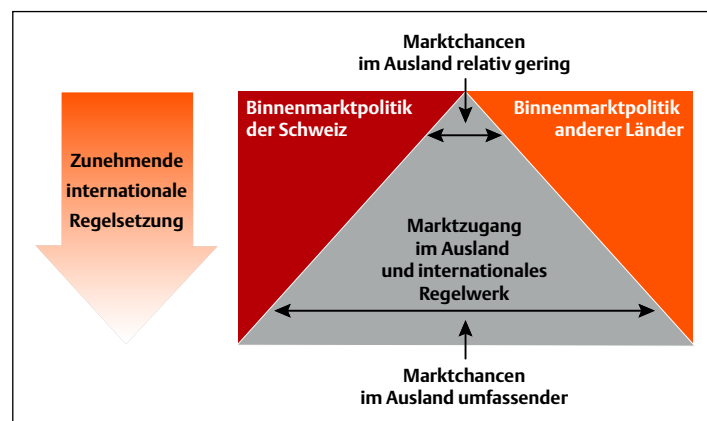
vestitionen, geistiges Eigentum aber auch die Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte in Zukunft immer wichtiger werden.

2 Wettbewerbsfreundliche Regelungen auf dem Binnenmarkt: Erfolgreiche Aussenwirtschaftspolitik setzt einen wettbewerbsintensiven Binnenmarkt voraus. Dieser generiert Wachstumsimpulse, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und schafft Spielraum für internationale Abkommen.

3 Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Partnerländern: Die Schweiz leistet einen Beitrag, indem sie ihre Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen aktiv nutzt und die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit fördert.

In der Kommission für Aussenwirtschaftspolitik von economieuisse wurde Anfang 2005

Fortsetzung auf Seite 3



Schwerpunktthema

Zu viele blockierte Investitionen. Beim Verbandsbeschwerderecht muss dringend gehandelt werden.

Seite 2 ▶

Ungenügend

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Unternehmenssteuerreform liegt deutlich unter den Erwartungen der Wirtschaft.

Seite 4 ▶

SRG-Gebühren

Zu hohe Zwangsgebühren und zu geringer Spielraum für private Anbieter. Leidtragende sind insbesondere die KMU.

Seite 7 ▶

KMU-Porträt

Für alle grossen Autohersteller ist die Simulationssoftware von Autoform bei der Karosserieentwicklung unverzichtbar.

Seite 8 ▶

Einschränkung des Beschwerderechts nötig

Der Vorstandsausschuss von economiesuisse fordert eine deutliche Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts in Umwelt- und Heimatschutzfragen. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Hofmann hat er die Stossrichtung festgelegt.

Die Beurteilung von Projekten muss sich auf eine Gesamtschau und nicht nur auf Umweltkriterien beziehen. Ein berechenbares und rasches Verfahren verbessert die wachstumspolitischen Rahmenbedingungen in der Schweiz. Die entschlossene Umsetzung der Initiative Hofmann ist ein minimaler Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen. Sinn des Verbandsbeschwerderechts ist es, die Durchsetzung des Umwelt- und Heimatschutzes im öffentlichen Interesse zu gewährleisten. Damit soll die Möglichkeit eines Weiterzugs eines Entscheids sichergestellt werden, falls eine Behörde bei gutheissenden Bewilligungsentscheidungen die Schutzinteressen gesetzeswidrig vernachlässigt. Heute sind 30 Verbände als beschwerdeberechtigt anerkannt.

Bedenkliche Entwicklung

Staatspolitisch bedenklich ist, dass sich die beschwerdeberechtigten Organisationen bei grösseren Projekten zu einer parallelen Bewilligungsinstanz entwickeln. Dies zeigt sich in deren Verhalten, aber auch in Verträgen mit der Vereinbarung von Strafzahlungen. Fehlende interne Transparenz kombiniert mit Differenzen zwischen regionalen Unterorganisationen und den nationalen Verbänden sind weitere Mängel. Problematisch am heutigen Verbandsbeschwerderecht sind auch die abschreckenden Vorwirkungen und die langen Verfahren. Die Schwierigkeiten bei der Projektrealisierung sind schliesslich auch auf eine formalistische Auslegung der materiellen Gesetzgebung durch die Behörden und Gerichte zurückzuführen. Das BUWAL hat eine Evaluation in Auftrag gegeben und kam zum

Schluss, dass das Verbandsklagerecht im Umweltbereich nicht missbraucht wird. Allerdings ist der Ansatz der Untersuchung verzerrt. Avenir Suisse hat in zwei Studien 2003 und 2004 die Problematik des Verbandsklagerechts in Umweltfragen mit konkreten Beispielen aufgezeigt. In den Schlussfolgerungen wird für eine Reform des Verbandsklagerechts plädiert, während die vom BUWAL betriebene Kosmetik mit Verhandlungsweisungen als ungenügend bezeichnet wird. In einer Konsultation hat economiesuisse im Jahr 2003 diese Weisungen als verfehlt zurückgewiesen.

Der Zugang von Umweltorganisationen zum Bewilligungs- und Entscheidprozess ist im internationalen Recht enthalten. Eine pauschale Abschaffung des Verbandsklagerechts wäre überschüssend. Die Probleme würden auch nicht beseitigt, da die privaten Einsprachemöglichkeiten weiter bestehen und das

« Korrekturen am Verbandsbeschwerderecht sind notwendig. »

Ueli Forster, Präsident economiesuisse

materielle Umweltrecht neuen Vorhaben in unserem dicht überbauten Raum einen engen Rahmen setzt.

Revisionsbedarf anerkannt

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats hat im Rahmen der parlamentarischen Initiative von Ständerat Hans Hofmann (Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts) einen Vorentwurf angenommen, der hauptsächlich das Umweltschutzgesetz sowie das Natur-

IKEA in Spreitenbach, Seedamm-Center in Pfäffikon, Hardturmstadion in Zürich: nur drei der vielen Opfer des heutigen Systems.



BILD: RDB



BILD: DELIA BELLA



und Heimatschutzgesetz ändert. Diese Vorlage bezweckt, die Umweltverträglichkeitsprüfungen zu entlasten, Missbräuche bei der Ausübung des Beschwerderechts von Umweltschutzorganisationen zu verhindern und die Bauverfahren zu beschleunigen.

Forderungen der Wirtschaft

Verbesserungen beim Verbandsbeschwerderecht sind dringlich. Heute sind zahlreiche Investitionen blockiert oder Projekte werden wegen der grossen Hürden gar nicht in Angriff genommen. Aus Sicht der Wirtschaft müssen die Berechenbarkeit verbessert und die Verfahren verkürzt werden. Zentrale Anliegen der Wirtschaft sind:

- eine deutliche Verwesentlichung der Umweltverträglichkeitsprüfung;
- die gleichwertige Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen;
- die Abschaffung der Quasi-Behördenfunktion für Umweltorganisationen;
- eine Einschränkung der Beschwerdeberechtigten auf nationale Organisationen ohne kommerzielle Interessen;
- eine Erhöhung der Transparenz;
- eine Straffung des Verfahrens;
- keine neuen Beschwerden in späteren Phasen;
- die Beschränkung der Beschwerden auf die Rüge einer

willkürlichen Anwendung des Ermessensspielraums;

- ein generelles Verbot von Abschlags- oder Kompensationszahlungen an Beschwerdeführer.

Mit der Initiative Hofmann können die meisten dieser Anliegen umgesetzt werden, sofern die verschiedenen Minderheitsanträge im Sinne einer Einschränkung des Beschwerderechts entschieden werden. Darüber hinaus sind aber auch im materiellen Recht Korrekturen notwendig, indem überflüssige Einschränkungen und administrative Hürden eliminiert werden.

Die Initiative der FDP Zürich und die gleich lautende parlamentarische Initiative Leutenegger verlangen ebenfalls eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts. Ihr Zustandekommen ist im Sinne eines deutlichen Signals sehr erwünscht, auch wenn sie nur ein Teilproblem angeht. Zeitlich und materiell würden aber die Verschärfungen der parlamentarischen Initiative Hofmann schneller greifen und haben deshalb Priorität.

 www.wachstum.ch

 thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Postmärkte in Europa im Umbruch: Schweiz gerät unter Druck

An einer von *economiesuisse* und der ETH Lausanne organisierten Tagung zum Thema «Postmärkte im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Regulierung» am 25. Januar 2005 in Bern wurde deutlich, dass der Druck auf den Schweizer Postmarkt gross ist.

Fachleute und Entscheidungsträger waren sich einig, dass weitere Öffnungsschritte mit der nötigen Umsicht und Regulierung vorangetrieben werden müssen.

Wie der Blick in die umliegenden Länder zeigt, schreitet die Postmarktöffnung in Europa planmässig voran. Vieles deutet darauf hin, dass im Jahr 2009 im EU-Raum die vollständige Öffnung erreicht sein wird. Etliche Länder sind bereits heute soweit, so haben Schweden, Finnland und Estland ihre Märkte inzwischen komplett geöffnet; 2007 dürften auch die Niederlande, Deutschland und Grossbritannien folgen. Dabei konnten die Befürchtungen eines Abbaus des qualitativ guten Dienstleistungsniveaus ausgeräumt werden.

Untrennbar von europäischer Postmarktöffnung

Für die Schweiz stellt sich nun die zentrale Frage, wie der Postmarkt optimal reguliert werden kann, d.h. wie eine flächendeckende, wirtschaftsverträgliche bzw. finanzierbare Grundversorgung auch in Zukunft gesichert werden kann und wie die Anreize für die Marktmechanismen im Interesse des Kunden (Preis-

Leistungs-Verhältnis) ausgestaltet werden müssen.

Eine von der EU getrennte Postmarktentwicklung in der Schweiz ist weder wirtschaftlich noch politisch möglich. Eine Abschottung würde die Dynamisierung des gesamten Postmarktes gefährden. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es auch kleinere Länder schaffen, sich mit ihrer nationalen Post innerhalb des weiten geöffneten EU-Postmarktes zu etablieren und das Leistungsniveau zu halten, ja gar zu verbessern.

Erwartungen und Erfahrungen

Heute würden die Unternehmen 80 Prozent des Umsatzes der Schweizer Post ausmachen. Vor diesem Hintergrund erläuterte Pascal Gentinetta, *economiesuisse*, die Erwartungen der Wirtschaft an einen geöffneten Postmarkt und ihr Interesse an leistungsfähigen Postanbietern. Nach einem Überblick über die Entwicklung des EU-Postmarktes schilderte ein holländischer

Experte die positiven Erfahrungen mit der Privatisierung in den Niederlanden. Aus Sicht der Wissenschaft erläuterte Prof. Matthias Finger die Kriterien einer geordneten Marktöffnung und betonte, dass der Schweizer Postmarkt von der europäischen Entwicklung nicht zu trennen sei. Martin Kaiser unterstrich die Rolle des Regulators und sprach sich für den Zugang für private Anbieter auf der «letzten Post-Meile» aus.

Grosser Handlungsbedarf

In einer angeregten Diskussionsrunde kamen verschiedene gegensätzliche Positionen zum Vorschein. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass die heutige Situation im Postmarkt nicht befriedigen kann und die schweizerische Postmarktöffnung angesichts der grossen Herausforderungen (EU-Vollliberalisierung, EU-Regulierungsmodell, technologische Entwicklung) fortgesetzt werden muss.

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch



Auf grosses Interesse gestossen: Informationen und Erwartungen zur Zukunft des Schweizer Postmarktes.

Fortsetzung von Seite 1

der Bericht kritisch diskutiert und grundsätzlich positiv gewürdigt. Insbesondere die Verknüpfung Aussen-/Binnenwirtschaft sowie das Bekenntnis zur konsequenten Fortführung der Liberalisierung des Welthandels sind im Interesse der Wirtschaft. Eine weitere Priorisierung der Ziele und Konkretisierung der Massnahmen wäre wünschenswert. Die Strategie zeigt den Handlungsbedarf im Binnensektor

auf. Die Reformen in den Bereichen Landwirtschaft und Infrastruktur müssen vorangetrieben werden; nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gesichert werden. Die Schweizer Agrarpolitik erweist sich im Rahmen der WTO- und bilateraler Verhandlungen oft als hinderlich. Zu begrüssen ist die Absicht des Bundesrats, mit wichtigen Partnerländern neue Wirtschaftsabkommen im Bereich des Freihandels abzuschliessen.

Das Medienecho der Aussenwirtschaftsstrategie war relativ gering. Der gute Ansatz sollte aber nicht einfach in der Schublade verschwinden. *economiesuisse* setzt sich dafür ein, den Bericht in den eigenen Kreisen besser bekannt zu machen. Die neue Strategie dient als Richtschnur, an welcher die zukünftigen wirtschaftspolitischen Massnahmen des Bundes zu messen sind.

@ peter.flueckiger@economiesuisse.ch



Zum Rücktritt von Dr. Hans Kaufmann

Ende Februar tritt Dr. Hans Kaufmann nach 26-jähriger Tätigkeit als Leiter der Geschäftsstelle Bern von *wf/economiesuisse* in den Ruhestand.

Hans Kaufmann ist am 1. Februar 1979 nach einem juristischen Studium an der Universität Fribourg, Stellen im Rechtsdienst der Privatwirtschaft und der eidgenössischen Verwaltung in die Dienste der Wirtschaftsförderung *wf* eingetreten. Zu seinem vielfältigen Aufgabenbereich gehörte die Geschäftsführung der Gruppe Handel und Industrie der Bundesversammlung und die Organisation der Branchensitzungen sowie der «Informellen Gesprächsrunden» mit Parlamentariern.

Seine publizistische Tätigkeit zeugt von seiner Gabe der präzisen Beobachtung und Analyse politischer Vorgänge. Seine Sessionsberichte für «dossierpolitik» und sein Zirkular zuhanden der Gruppe Handel und Industrie, das die Sessionsgeschäfte aus Sicht der Wirtschaft kommentiert, sind für viele Parlamentarier ein unverzichtbares Werkzeug geworden.

Während 26 Jahren begleitete Hans Kaufmann jede Session. Er kannte und kennt die meisten Rats- und Regierungsmitglieder persönlich, auch viele Wirtschafts-exponenten und Medienvertreter. Er geniesst grosses Vertrauen und Achtung. Im Parlamentsbetrieb galt er als eine der wenigen zuverlässigen Konstanten.

Hans Kaufmann hat seine gute Laune nie verloren. Er ist belesen und ein guter Gesprächspartner. Auf seinen eindrücklichen Leistungsausweis darf er stolz sein. Für sein Wirken und seine Kollegialität ist ihm *economiesuisse* zu grossem Dank verpflichtet. Die besten Wünsche begleiten Hans Kaufmann in seinen wohlverdienten Ruhestand.

Dr. Rudolf Ramsauer

Unternehmenssteuerreform deutlich unter den Erwartungen

Die Vorschläge des Bundesrats zur Unternehmenssteuerreform II liegen klar unter den Erwartungen. Insbesondere angesichts der höheren Reformbereitschaft anderer Staaten verlangt die Wirtschaft deutliche Nachbesserungen.

Die Schweiz steht steuerlich unter Zugzwang. Unser Land kann es sich nicht mehr leisten, bloss bestehende steuerliche Vorteile zu verteidigen. Der Steuerbereich entwickelt sich international äusserst rasch und dynamisch. Die in gewissen Bereichen noch relativ gute Position der Schweiz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass im internationalen Kontext die Tendenz besorgniserregend ist. Angesichts der generell erhöh-

ten Reformbereitschaft in den umliegenden Ländern – insbesondere in Irland, Österreich und den neuen EU-Oststaaten – gerät die Schweiz zunehmend unter steuerpolitischen Druck. Die Schweiz muss sich auch im Steuerbereich weiterhin mit den Besten messen können und braucht deshalb eine Offensivstrategie, die auf die veränderten internationalen Rahmenbedingungen reagiert und die Attraktivität des Steuerstandorts Schweiz mit innovativen Lösungen verbessert. Die Schweiz hat die Mittel dazu.

Wachstumseffekte maximieren

Zwar gehen die Vorschläge ansatzweise in die richtige Richtung. Dennoch bleibt der geplante Reformschritt insgesamt

schwach, verglichen mit den zum Teil radikalen Steuerreformen in Konkurrenzländern. Die vorgeschlagene Reform steht deutlich unter den Erwartungen der Wirtschaft (Abschaffung der Emissionsabgabe, nicht diskriminatorische Dividenden-Teilbesteuerung von maximal 50 Prozent, liberale Regelung der «Ärgernis»-Tatbestände). Der von der geplanten Reform ausgelöste Effekt auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze dürfte entsprechend geringer ausfallen. Im Interesse der Unternehmer und der KMU sowie der mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze wird sich economiesuisse für eine Optimierung der Vorlage einsetzen, damit – unter Berücksichtigung der kantonalen Tarifautonomie – die Wachs-



Standortkonkurrenz: Im internationalen Steuerwettbewerb bläst ein kräftigerer Wind.

tumseffekte der Reform und ihr gesamtwirtschaftlicher Nutzen maximiert werden.

 pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Energie-Agentur der Wirtschaft

Erfolg: Mehr Zucker mit weniger Energie

Die Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG ist seit der Gründung 1999 teilnehmendes Unternehmen beim Programm der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW). Das Unternehmen setzt sich damit aktiv mit der CO₂-Problematik auseinander und ist angespornt, eine noch bessere Energieeffizienz zu erreichen.

Die Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG ist spezialisiert auf die Gewinnung, Verpackung, Lagerung und den Versand von Zucker und Nebenprodukten sowie deren Handel für den Import und Export. In den beiden Werken in Aarberg und Frauenfeld werden mit insgesamt 310 Mitarbeitenden jährlich gegen 200 000 Tonnen Zucker gewonnen. Dazu werden in der Rübenkampagne – in der Zeit von Ende September bis Ende Dezember – täglich 17 000 bis 18 000 Tonnen Rüben verarbeitet.



Neuer Extraktionsturm im Werk Frauenfeld.

Alte Anlage war überlastet

Die Extraktion im Werk Frauenfeld wurde mit einem 1976 erstellten Extraktionsturm durchgeführt. Bei einer täglichen Rübenverarbeitung von 7500 Tonnen war die Anlage überlastet. Die Kapazität war ursprünglich auf rund 5500 Tonnen Rüben pro Tag ausgelegt worden. Hohe Zuckerverluste und ein zu grosser Wasserbedarf waren die Folge. Alle Maschinen und Einrichtungen des Vorderbetriebs

(erste Hälfte der Rübenverarbeitung) wurden dadurch übermässig belastet. Diese Betriebsweise erhöhte auch den Energieverbrauch der Zuckergewinnung im Vorderbetrieb und lief damit allen Massnahmen zur Energieeinsparung zuwider.

Im Jahr 2002 beschloss die Zuckerfabrik, die Extraktionsanlage gegen eine neue, der aktuellen Verarbeitungsmenge angepasste Anlage auszutauschen. Mit dieser Massnahme erwartete man eine deutliche Einsparung des Gesamtenergieverbrauchs sowie eine Halbierung der Zuckerverluste. Der neue Extraktionsturm mit einer Nennkapazität von 8000 Tonnen Rüben pro Tag wurde 2003 errichtet. Die Gesamtinvestition belief sich auf rund neun Millionen Franken bei einer Pay-Back-Zeit von voraussichtlich acht Jahren.

Erwartungen wurden erfüllt

Der erstmalige Betrieb der neuen Anlage im Jahr 2003 bestätigte die Erwartungen.

Verglichen mit den früheren Ergebnissen wurde der technologische Erfolg des neuen Turms deutlich sichtbar: Der Primärenergieverbrauch konnte um rund acht Prozent reduziert werden, die Zuckerausbeute erhöhte sich um jährlich gegen 1000 Tonnen, die Anlage ist weniger empfindlich gegenüber verschmutzten Rüben und schlechter Schnitzelqualität, die grössere Dimensionierung gewährleistet eine höhere Betriebssicherheit und die Bedienung der ganzen Anlage ist einfacher geworden. Die erzielte Senkung des Primärenergieverbrauchs konnte trotz einer Mehrverarbeitung von zirka fünf Prozent erzielt werden.

Erich Ruider, Leiter Produktion, erachtet die Zusammenarbeit mit der EnAW als Know-how-Träger als sehr wichtig. Durch die Mitgliedschaft wird er zudem fortlaufend über den aktuellen Stand der Umsetzung des CO₂-Gesetzes informiert.

Landwirtschaft: Immer mehr Geld für immer weniger Betriebe

Landwirtschaft Schweiz 1990–2003: Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben pro Betrieb



Quellen: EFV, Öffentliche Finanzen der Schweiz; BLW, Agrarberichte

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in der Schweiz ist seit längerem stark rückläufig. Finanzpolitisch ist dieser Strukturwandel folgenlos geblieben. Die Ausgaben der öffentlichen Hand pro Landwirtschaftsbetrieb sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen.

1990 zählte die Schweiz 93 000 Landwirtschaftsbetriebe. Die kumulierten Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Landwirtschaft betragen 3,2 Mrd. Franken (Forschung und Verwaltung eingeschlossen). Pro Betrieb ergaben sich Ausgaben von durchschnittlich 34 000 Franken.

Sinkende Betriebszahlen – steigende Ausgaben

In den neunziger Jahren sank die Zahl der Bauernbetriebe als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft um jährlich 2,5 Prozent oder 2000 Betriebe. Auch die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten sank in zehn Jahren um rund

einen Fünftel (2000: 204 000 Beschäftigte). Die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft entwickelten sich gegenläufig und stiegen stark. Im Jahr 2000 lagen die Ausgaben bei 4,2 Mrd. Franken und damit 1 Mrd. Franken höher als 1990. 2002 – das letzte Jahr, für das Zahlen für alle drei Staatsebenen vorliegen – betragen die Ausgaben 4,5 Mrd. Franken. Sinkende Betriebszahlen und kontinuierlich steigende Landwirtschaftsbudgets bewirkten, dass sich die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand gemessen an der Anzahl Betriebe verdoppelten: 2002 betragen die Ausgaben pro Betrieb 67 000 Franken (1990: 34 000 Franken). Rein rechnerisch erhöhte sich mit jeder Betriebsaufgabe die öffentliche Unterstützung für die Landwirtschaft um 55 000 Franken!

Ziel: Stabilisierung der Ausgaben pro Betrieb

Die Zahlen zeigen, dass in der Schweiz der landwirtschaftliche Strukturwandel finanzpo-

litisch folgenlos geblieben ist. Eine sinkende Zahl von Landwirtschaftsbetrieben hatte für die öffentliche Hand keine entsprechende Senkung der Ausgaben zur Folge. Im Gegenteil hat der Staat sein Engagement für die Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren erheblich erweitert – dies trotz rückläufiger Bedeutung des Agrarsektors für die Schweizer Volkswirtschaft.

Die Erhaltung des Gesamtbudgets auf dem heutigen hohen Niveau ist nicht zuletzt mit Blick auf die Finanzierungsbedürfnisse anderer volkswirtschaftlich bedeutender Aufgabenbereiche nicht mehr zu rechtfertigen. Dem Strukturwandel in der Schweizer Landwirtschaft muss auch finanzpolitisch Rechnung getragen werden. Eine nominale Stabilisierung der Ausgaben pro Landwirtschaftsbetrieb sollte – wie das vom economiesuisse-«Ausgabenkonzept» vorgeschlagen wird – das Ziel sein.

@ frank.marty@economiesuisse.ch

Stabübergabe in den Kommissionen Aussenwirtschaft und Wettbewerb

Aussenwirtschaft

Die Kommission «Aussenwirtschaftspolitik» von economiesuisse wurde seit ihrer Gründung im Jahr 2001 von **Andreas W. Keller**, VR-Präsident der Diethelm Keller Holding, präsiert. Die bilateralen Verhandlungen mit der EU, die Doha-Verhandlungen im Rahmen der WTO und die Veränderungen im internationalen politischen Umfeld prägten seine Amtszeit. Kellers Nachfolge tritt **Rolf Schaumann**, VR-Präsident von ABB Schweiz, an.

Wettbewerb

Riccardo G. Gullotti, Fürsprecher, Riccardo G. Gullotti & Partner Management & Consulting Services, leitete bis diesen Januar die permanente Kommission Wettbewerb von economiesuisse. Diese stellte sich unter seiner Führung der anspruchsvollen Aufgabe, die Revision des Kartellgesetzes voranzutreiben. Riccardo G. Gullotti übergibt das Präsidentenamt **Andreas Schmid**, VR-Präsident der Kuoni Reisen Holding.

Für ihr grosses Engagement und die kompetente Führung der Kommissionen bedankt sich economiesuisse bei den abtretenden Kommissionspräsidenten bestens und wünscht den neuen Präsidenten viel Erfolg an der Spitze dieser beiden wichtigen Gremien.

ESPRIX 2005

Das nächste ESPRIX Forum für Excellence findet am 24. Februar 2005 im Kultur- und Kongresszentrum Luzern statt.

Thema: «Zwischen Trend und Tradition»

Mehr darüber unter www.esprix.ch

Zukunft und langfristiger Erfolg durch strategisches Verbandsmanagement

Zu einem «Markenzeichen» unseres Landes gehört das überdurchschnittlich dichte Netz von rund 1400 Wirtschafts- und Branchenverbänden. Langfristig wird allerdings auch hierzulande die Effizienz unserer historisch so intensiv ausgeprägten Verbandslandschaft in Frage gestellt.

Wer als Verband in diesem Verdrängungswettbewerb langfristig bestehen und überleben will, muss sich dem Gesetz der Kostenwahrheit stellen und sich nach Massgabe sowohl des individuellen wie kollektiven Mitgliedernutzens professionalisieren. Vor diesem Hintergrund hat sich in Zürich unlängst ein unabhängiges, nicht gewinnorientiertes Forum für strategische Verbands- und Unternehmens-

führung konstituiert – das unternehmernetzwerkschweiz. Mit Strategieseminaren, Erfahrungsguppen, Workshops und Kontaktevents will das Forum die strategische und operative Führungskompetenz von Verbänden und deren Mitgliedern fördern. Damit soll ein Beitrag zur notwendigen Professionalisierung der schweizerischen Verbandslandschaft im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit ihrer KMU-Mitglieder geleistet werden.

Erfolgreiches erstes Strategieseminar

Unter dem Titel «Erfolg durch strategisches Verbandsmanagement» veranstaltete das Forum im «Haus der Wirtschaft» von economiesuisse unlängst ein erstes, auch vom Staatssekretariat für Wirtschaft, seco, unterstütztes Strategieseminar für Entschei-

dungsträger von Wirtschafts- und Branchenverbänden.

Basierend auf dem Handlungsdreieck für strategisches Verbandsmanagement wurden die drei zentralen Herausforderungen für moderne Wirtschafts- und Branchenverbände angegangen:

■ Erstens die Förderung der einzelbetrieblichen Wettbewerbsfähigkeit der Verbandsmitgliedunternehmen durch die Produktion so genannter Individualgüter in Form von spezifischen Serviceleistungen (beispielsweise in Form von kundenspezifischen Informationen zu Markt, Branche usw.), finanziert nach dem Prinzip «Leistung gegen Geld».

■ Zweitens die Optimierung wirtschaftspolitischer, image- und kundenrelevanter Rahmenbedingungen durch die Produktion so genannter, über die Mitglieder-

beiträge finanzierte Kollektivgüter (zum Beispiel in Form von politischer Interessenvertretung, Branchenmarketing oder Aus- und Weiterbildung).

■ Drittens schliesslich die Förderung einer mehrwertorientierten Vertrauens-, Leistungs-, Zusammenhalts- und Zusammenarbeitskultur, sei dies auf Stufe Einzelbetrieb und Verband, sei dies auf Stufe Sozial- und Vertragspartnerschaft mit den entsprechenden Branchenorganisationen der Arbeitnehmer.

Die Themen wurden in insgesamt vier Modulen behandelt, abgehalten in Form von moderierten Teilnehmerdiskussionen und Gruppenarbeiten und ergänzt durch externe Referate mit Fallbeispielen aus der Praxis.

 www.unternehmernetzwerkschweiz.ch

WEF/JEC: «Balancing Global Competition and National Regulation»

Die Frage, wie international tätige Unternehmen mit der zunehmenden Zahl nationalstaatlicher Regulierungen noch umgehen können, war das Thema der hochkarätigen Paneldiskussion der U.S. – Swiss Joint Economic Commission (JEC) mit Staats- und Wirtschaftsvertretern im Rahmen des World Economic Forum (WEF) in Davos. Ziel muss es sein, Rechts- und Regulierungskonflikte zu lösen oder gar nicht entstehen zu lassen.

Die Joint Economic Commission (JEC) zwischen der Schweiz und den USA wurde 1999 gegründet und dient als Forum zur Diskussion bilateraler Probleme zwischen den beiden Staaten. economiesuisse und die Swiss-American Chamber of Commerce vertreten die Privatwirtschaft in der JEC und zeichnen massgeblich für die Organisation mitverantwortlich. Das Dilemma unterschiedlicher Regulierungen und der weltwei-

ten Wettbewerbssituation stand im Zentrum der diesjährigen Diskussion, moderiert von **Olivier Fleurot**, CEO der «Financial Times». **Bundesrat Joseph Deiss** unterstrich die Notwendigkeit, regulatorische Friktionen zwischen den USA und der Schweiz zu vermeiden. Dazu sind intensive bilaterale Gespräche in allen Bereichen notwendig, die schliesslich zum Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens führen sollen.

Unterschiedlich wird die Regulierung im Finanzsektor beurteilt. Für **Walter B. Kielholz**, CS Group, sind die Informations- und Dokumentationsflut etwa



Pamela P. Willeford, Botschafterin der USA in Bern, im Gespräch mit Staatssekretär Jean-Daniel Gerber



Diskussionsleiter Olivier Fleurot, CEO «Financial Times», mit Walter B. Kielholz, VR-Präsident Credit Suisse Group, André Kudelski, Präsident und CEO Kudelski Group, und Bundesrat Joseph Deiss (v.l.n.r.).

des Sarbanes Oxley Acts (SOA) und die Widersprüche zwischen den verschiedenen Regulierungsebenen problematisch und führen zu einem Diktat von Buchhaltern und Anwälten. Als notwendigen Schock für einen verbesserten Schutz von Investoren werden die neuen Regelungen hingegen von **Brian Henderson**, Merrill Lynch für Europa, beurteilt. Notwendig sei aber eine weltweite Harmonisierung der Bestimmungen, etwa im Sinne einer «Charta der Rechte von Investoren».

Bei der Regulierung im Telekommunikationssektor müssen nach **Michael K. Powell**, Vorsitzender

der US Federal Communication Commission (FCC), die Auswirkungen auf die Konsumenten anstelle der Einschränkungen für Anbieter in den Vordergrund gestellt werden. **André Kudelski**, Kudelski Group, zieht den pragmatischen und innovationsgerichteten Ansatz der USA den europäischen Detailregulierungen vor. **Michael D. White**, PepsiCo, warnte vor einem Missbrauch von Regulierungen zu Marktabschottungen. Dies wirke wie eine Konsumsteuer und schade der Beschäftigung.

 thomas.pletscher@economiesuisse.ch

RTVG: Empfangsgebühren reduzieren!

Die Revision des RTVG muss auch dazu genutzt werden, dem Anwachsen der Zwangsgebühren Einhalt zu bieten. Auch bei weiteren Punkten sind zusätzliche Schritte notwendig.

Die vorberatende Rechtskommission des Ständerats ist weitgehend dem Nationalrat gefolgt. Notwendig wären aber noch weiter gehende Liberalisierungen anstelle eines Zementierens der dominierenden Stellung der SRG. Diese lässt privaten Anbietern kaum Raum für Entwicklung. Die Empfangsgebühren entwickeln sich für Bevölkerung und Unternehmen zu versteckten Steuern. Rein ordnungspolitisch würde sich eine Abschaffung der Zwangsgebühren aufdrängen, doch wurde in den bisherigen parlamentarischen Beratungen eine derartige starke Veränderung unseres Systems abgelehnt. *economiesuisse* anerkennt in einer staatspolitischen Beurteilung die Klammerfunktion des Service public der SRG, fordert aber gleichzeitig eine Senkung der Zwangsgebühren.



Neue Belastungen für KMU: Jeder PC-Arbeitsplatz zahlt für 23 SRG-Programme.

des SRG-Monopols, weit über die Sicherstellung des Service public und des nationalen Zusammenhalts hinaus. Nicht nur über 23 Programme, sondern auch Internetportale werden mit den Radio-/TV-Empfangsgebühren finanziert. Damit werden Unternehmen wie Private übermässig belastet und den für eine Medienvielfalt notwendigen privaten Anbietern wird trotz Gebührensplitting der Raum für die Entwicklung genommen.

Kleine Betriebe besonders betroffen

Von der Ausdehnung der Gebührenpflicht auf Computer sind kleinere Unternehmen besonders negativ betroffen, da sie im Gegensatz zu privaten Haushalten keine Empfangskonzession einholen müssen, wenn sie weder ein Radio noch ein TV-Gerät für ihre Geschäftstätigkeit benötigen. Sobald sie nun über einen Computer mit Internetanschluss verfügen – welches Unternehmen könnte heute darauf verzichten? –, werden sie mit

Empfangsgebühren auf dem höheren gewerblichen Ansatz belastet. In aller Regel zieht dies auch noch zusätzliche Abgaben für die Nutzung von Urheberrechten mit sich. Diese wirtschaftsfeindliche Konsequenz wird durch einen zu breiten Gesetzeswortlaut bewirkt, welcher alle «geeigneten Geräte» belastet, ungeachtet ihrer Zweckbestimmung.

Konzentration auf Kernauftrag

Die Empfangsgebühren dienen heute vor allem der Abstützung

Es drängt sich auf, die Zahl der für die Berechnung der Gebühren zu berücksichtigenden Programme zu begrenzen. Die Erfüllung des Kernauftrags der SRG bleibt weiterhin gesichert. Falls der Ständerat keine derartige Änderung aufnehmen würde, müsste dies als Wille des Gesetzgebers interpretiert werden, mit der Regelung der Empfangsgebühren eine flächendeckende Lösung mit steuerähnlichem Charakter einführen zu wollen.

 thomas.pletscher@economiesuisse.ch

ICC-Jahresversammlung 2005

Die Jahresversammlung von ICC Switzerland vom 26. Januar in Zürich mit einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch zeigte das beträchtliche Engagement der Schweiz in der Arbeit dieser Weltorganisation.

Maria Livanos Cattau, Generalsekretärin der ICC und Ehrengast der Versammlung, eröffnete die Diskussion zum Thema «ICC's concrete responses to global challenges for business». Mit ihrem Temperament und ihrer starken Persönlichkeit weckte sie den Enthusiasmus des Publikums. Die ICC ist das einzige repräsentative Sprachrohr des Privatsektors, das weltweit die

Interessen von Firmen aus allen Branchen vertritt. In dieser Eigenschaft führt sie Selbstregulierungen ein und beeinflusst die Rahmenbedingungen auf globaler Ebene. So setzt sich die ICC heute beispielsweise für eine zukunftsorientierte Informationsgesellschaft und gegen die staatliche Verwaltung des Internets ein. Ausserdem ist ICC eine wertvolle Informationsquelle für die internationalen Entwicklungen. ICC Switzerland ist als ein selbstständiger Verein in *economiesuisse* eingebunden. Damit wird eine optimale Koordination in der Wirtschaftspolitik gewährleistet. Als Mitglieder der ICC profitieren die international orientierten Schwei-

zer Firmen von den gezielten Dienstleistungen und Informationen der Organisation. ICC Switzerland richtet diese noch gezielter auf die konkreten Wünsche der Mitglieder aus. In diesem Rahmen wird ICC Switzerland demnächst ein Seminar über die Revision der Verordnung über die Dokumentarakkreditiven «UCP500» (29. März 2005) sowie ein Kolloquium über das Thema «Schiedsgerichtsbarkeit und Strafrecht» (21. April 2005) ausrichten. Die «Gold»-Mitgliedschaft bietet die Möglichkeit, sich direkt an den Arbeiten der ICC-Kommissionen in Paris zu beteiligen.



Maria Livanos Cattau, Generalsekretärin der ICC.

Der Vorteil über die allgemeinen Leistungen hinaus liegt im direkten Zugang zu einem hochrangigen Kontaktnetz und im unmittelbaren Einfluss auf die Aktivitäten der Weltorganisation.

Weitere Informationen über die Tätigkeiten von ICC Switzerland oder über eine eventuelle Mitgliedschaft:

 thomas.pletscher@icc-switzerland.ch

Weltweit gut in Form

Autoform presst am Bildschirm Blechteile zu Auto-Karosserieteilen: Mit der Simulationssoftware der erfolgreichen Zürcher Firma arbeiten mittlerweile alle grossen Autohersteller.



CEO
Waldemar
Kubli

Waldemar Kubli empfängt den Besucher im 4. Stock des Technoparks in Zürich. «Zum Teil sind unsere Büros noch nicht ganz fertig eingerichtet.

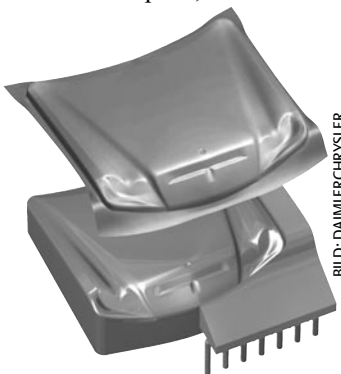
Wir sind gerade wieder einmal umgezogen», erklärt der CEO von Autoform. «Bereits das dritte Mal in den letzten paar Jahren.» Der Grund für den ständigen Wechsel der Büroräume: Die Firma Autoform wächst und wächst unaufhörlich. Was 1995 als Ein-Mann-Betrieb anfang, ist heute ein weltweit tätiges Unternehmen mit über 130 Mitarbeitenden.

Autoform stellt Software-Lösungen her, mit denen Autohersteller am Computer abschätzen können, wie ein Blechteil zu einer Türverstärkung, einem Kotflügel oder einer Heckklappe umgeformt werden kann. Da jedes Auto rund 200 Elemente aus Blech enthält, gehörten namhafte Automobilfirmen wie Mercedes und Porsche bereits kurz nach dem Start von Autoform zu dessen Kunden. Heute ist kaum noch ein Auto auf Schweizer Strassen unterwegs, das ohne die Software von Waldemar Kubli entstand. Die 20 wichtigsten Automobilhersteller benutzen alle Engineering-Tools von Autoform: von A wie Audi bis V wie VW. «Fast noch wichtiger als die Autohersteller ist für uns aller-

dings die Automobil-Zulieferindustrie. Dort haben wir rund 300 Kunden», betont Waldemar Kubli. Sein Unternehmen ist denn auch weltweit tätig. Um möglichst nahe bei den Kunden zu sein, besitzt Autoform Niederlassungen und Vertretungen unter anderem in München, Detroit und Schanghai. Nur 45 der 130 Mitarbeitenden sind am Hauptsitz in Zürich tätig.

Marktanteil von über 50 Prozent

Entstanden ist das Unternehmen Autoform aus der Doktorarbeit von Waldemar Kubli an der ETH Zürich. Damals forschte der Maschinenbauingenieur an der Frage, wie Blechumformungen am Computer zutreffend und schnell simuliert werden können. Heute, zehn Jahre später, besitzt seine



Im Rechner modelliertes Umformwerkzeug (u.) und simuliertes umgeformtes Blech (o.).

Firma in der Automobilindustrie einen Marktanteil von über 50 Prozent. Denn die Autoform-Software hilft den Automobilbauern Zeit und Geld zu sparen. Mit den Simulationsprogrammen sehen die Designer bereits am Bildschirm, wo ein Blechteil beim Umformen reissen oder Falten werfen wird.



Aluminium-Space-Frame-Karosserie des neuen Audi A8.

Das kommt den Autoherstellern entgegen, die in immer kürzeren Abständen neue Modelle auf den Markt bringen wollen. 1985 dauerte die Entwicklungszeit eines neuen Modells rund sechs Jahre, heute sind es nur noch zweieinhalb Jahre. Nicht zuletzt dank der Software von Autoform. Waldemar Kubli: «Mit Hilfe unserer Software dauert die Simulation einer Blechumformung noch zwei Stunden. Früher brauchte man dafür zwei Tage.»

«Unternehmer des Jahres» 2002

Autoform gilt geradezu als Vorzeigebispiel eines gelungenen ETH-Spin-Offs. 2002 durfte Waldemar Kubli denn auch die von der Beratungsfirma Ernst & Young vergebene Auszeichnung als «Schweizer Unternehmer des Jahres» entgegennehmen. Und im letzten Jahr wurde ihm sogar der weltweit ausgeschriebene Innovationspreis «Automotive News Pace Award» verliehen. Nach den Gründen für den riesigen Erfolg seines Unternehmens befragt, antwortet Waldemar Kubli erst ganz bescheiden: «Es war auch Glück mit dabei. Ich war zur richtigen Zeit am richtigen Ort.» Aber dann wird er doch noch konkreter: «Entscheidend war, dass wir uns von Anfang an auf einen ganz bestimmten Bereich konzentriert haben und versuchten, dort die Besten zu sein.» Zudem lernte der Autoform-

Gründer schnell, dass es nicht nur darauf ankommt, ein gutes Produkt zu haben. Man muss es auch verkaufen können: «Der Aufbau einer guten Marktorganisation ist mindestens so wichtig wie das Produkt selber.»

Das rasante Wachstum von Autoform brachte natürlich auch Probleme mit sich. In den ersten Jahren verdoppelte sich die Mitarbeiterzahl fast jedes Jahr. Immer wieder hatte Autoform Probleme, genügend qualifizierte Fachkräfte in der Schweiz zu finden. «Insbesondere Ende der neunziger Jahre war es sehr schwierig, hochqualifizierte Mitarbeiter zu bekommen. In den Nachbarländern, insbesondere in Deutschland, ist das einfacher.»

Gute Zukunftsaussichten

In den nächsten Jahren will Autoform weiter wachsen. Weil alle grossen Autohersteller schon mit der Autoform-Software arbeiten, möchte Waldemar Kubli seine Engineering-Tools vermehrt auch ausserhalb der Automobilindustrie vertreiben. Einen ersten grossen Kunden hat er bereits an Land gezogen: den Küchenhersteller Franke.

Doch auch in der Automobilbranche sehen die Zukunftsaussichten für Autoform gut aus. «Das ist noch viel Potenzial vorhanden», betont Waldemar Kubli. «Insbesondere unter den weltweit 50 000 KMU, die in der Blechbearbeitung tätig sind, gibt es noch viele mögliche Kunden, die wir von den Vorteilen unserer Software überzeugen müssen.» Und manchmal entdeckt der umtriebige Unternehmer sogar noch einen neuen Autohersteller: «Kürzlich habe ich erfahren, dass in Ägypten eine eigene, lokale Automarke produziert wird, von der ich zuvor noch nie etwas gehört hatte. Vielleicht wäre das noch ein Kunde für uns.»

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

1 Abbau von Handelshemmnissen: Die Quellensteuer, die auf Software-Lizenzen erhoben wird, hat uns schon oft Probleme bereitet. Sie ist einfach nicht mehr zeitgemäss und vor allem nicht den aktuellen Bedürfnissen von Softwareunternehmen angepasst.

2 Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Raum: Es ist immer wieder ein Problem für unser Unternehmen, qualifizierte Mitarbeiter in der Schweiz zu finden. Dank den Bilateralen ist es nun zwar we-

sentlich einfacher geworden, Mitarbeiter aus der EU anzustellen. Dafür ist es nun noch schwieriger bei Fachkräften von ausserhalb der EU. Das sollte sich ändern.

3 Bildungspolitik: Die Schweiz hat in den letzten Jahren ihr gutes Bildungswesen zunehmend geschwächt. Das ist ein gefährlicher Weg. Insbesondere ausgezeichnete Englischkenntnisse sind für die Mitarbeitenden in einem stark exportorientierten Unternehmen Pflicht.



www.autoform.com

WTO: Trade Policy Review 2004

Die Welthandelsorganisation WTO überprüft in regelmässigen Abständen die Handelspolitik ihrer Mitgliedstaaten mit dem Ziel, die Transparenz und internationale Vergleichbarkeit zu verbessern sowie die Auswirkungen der nationalen Politiken auf das Welthandelsystem zu analysieren.

Die am 17. Dezember in Genf präsentierte Trade Policy Review stellt der Schweiz ein ambivalentes Zeugnis aus: Wendet unser Land für industrielle Produkte und Dienstleistungen ein liberales Aussenhandelsregime an, besteht im Agrarbereich noch deutlicher Reformbedarf. Nach 1991, 1996 und 2000 waren im Jahr 2004 zum vierten Mal die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein, aufgrund ihrer Zoll- und Währungsunion gemeinsam, Gegenstand einer Überprüfung. Neben einer allgemeinen Darstellung der Handelspolitik durch

die überprüfte Regierung besteht die Trade Policy Review (TPR) aus einem detaillierten, unabhängigen Bericht durch das WTO-Sekretariat. Im Bericht der Schweizer Regierung werden Reformbestrebungen, die Anpassung technischer Normen an jene der EU, der Abbau technischer Handelshemmnisse sowie die Ziele in der laufenden Doha-Verhandlungsrunde dargelegt.

Positives Zeugnis mit agrarpolitischer Ausnahme

Der Hauptteil der TPR bildet jedoch die unabhängige Überprüfung der Schweizer Handelspolitik durch das WTO-Sekretariat. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe WTO von [economiesuisse](http://economiesuisse.ch) hatten im September 2004 die Gelegenheit, den verantwortlichen WTO-Examinatoren ihre Einschätzungen und Anliegen darzulegen. Der Schlussbericht der WTO stellt der Schweiz grundsätzlich ein positives Zeugnis aus: Die Schweiz sei reformwillig und

wende für industrielle Produkte und für Dienstleistungen ein liberales Aussenhandelsregime an (die durchschnittlichen angewendeten Zölle für Industriegüter liegen bei lediglich 2,3 Prozent). Ein klarer Kontrast dazu bildet die Beurteilung des Agrarsektors. Die finanzielle Unterstützung hat seit der letzten TPR nicht abgenommen. Aufgrund der hohen Ausserkontingentzollansätze für Importgüter (durchschnittlich bei 36 Prozent) ist das Schweizer Preisniveau rund doppelt so hoch wie in der EU und dreimal höher als auf dem Weltmarkt. Die Schweizer Wirtschaftspolitik sollte aus der TPR 2004 Lehren ziehen: Weiterführende Reformen – insbesondere in den Bereichen Infrastrukturen und Landwirtschaft – sind dringend nötig.

 peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Die Berichte können eingesehen werden unter:

 www.wto.org/english/tratop_e/tpr_e/tp240_e.htm

Vernehmlassungen

28. Februar 2005

Entwurf zu einem BG über die Anwendung polizeilichen Zwangs im Bereich des Ausländerrechts und der Häftlingstransporte im Auftrag des Bundes
Kontakt: urs.furrer@economiesuisse.ch

Entwurf für ein BG über die Verwahrung und Übertragung von Bucheffekten (Bucheffektengesetz) und Bundesbeschluss über die Ratifikation des Haager Wertpapierübereinkommens
Kontakt: urs.furrer@economiesuisse.ch

BG über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Parlamentarische Initiative: Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechts
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

11. März 2005


Parlamentarische Initiative 03. 545s, Bürgerrechtsgesetz – Änderung
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

18. März 2005

Erläuternder Bericht über die Umsetzung der revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière sur la lutte contre le blanchiment de capitaux (Geldwäscherei)
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

31. März 2005

Bericht und Vorentwürfe über die Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches betreffend die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Provider und die Kompetenzen des Bundes bei der Verfolgung strafbarer Handlungen mittels elektronischer Kommunikationsnetze (Netzwerkriminalität)
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse.ch anfordern.

Impressum

Herausgeber

[economiesuisse](http://economiesuisse.ch), Verband der Schweizer Unternehmen

Verantwortliche Redaktion

Regina Hunziker-Blum

Adresse

Hegibachstrasse 47, Postfach

8032 Zürich

Tel. 01 421 35 35; Fax 01 421 34 34

E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch

economiesuisse.ch

Web: www.economiesuisse.ch

Adressänderungen

marianne.baer@economiesuisse.ch

Erscheinungsweise

monatlich

Gestaltung

Layout 88 GmbH, 8008 Zürich

Druck

Herbstdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».** Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «newsletter»** Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- «Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»** Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier. Juni 2003. Gratis.
- «Swiss Code of Best Practice»** Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.

- Bilaterale Abkommen Schweiz – Europäische Union (EU)** «dossierpolitik spezial». Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die neun Dossiers der Bilateralen II. Gratis.
- «Wirtschaftspolitik in der schweiz 2004»** Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- Portrait economiesuisse** Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- «Steuerkonzept»** Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.

- «ausgabenkonzept»** Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik** Perspektiven bis 2007. Gratis.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»** Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- «E-Mail-Service»** Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- «dossierpolitik», Pressedienst** Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Firma

Name

Strasse

Vorname

PLZ/Ort

Funktion

E-Mail